DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

B. Berichte

B.1. Bericht des Landesvorstands an den Landesparteitag an den 16. Landesparteitag 1. Tagung

Einreicher*innen: Landesvorstand

Allgemeines

Die Wahlperiode des Landesvorstandes wurde durch die Einschränkungen und Herausforderungen der Coronapandemie stark beeinflusst. Insbesondere die Aufstellung der Direktkandidat*innen hat uns vor große Herausforderungen gestellt. Trotzdem wurde u. a. eine Landesvertreter*innenversammlung erfolgreich unter Pandemiebedingungen durchgeführt. Durch die pandemisch bedingte Umstellung, Beratungen als Videokonferenzen durchzuführen, konnten wir eine kontinuierliche Arbeit gewährleisten und überdies wurde der Landesparteitag im Oktober 2020 gelungen als Hybridparteitag (Präsenz und digital) realisiert. Es ist des Weiteren festzustellen, dass durch die Umstellung auf virtuelle Beratungen wieder deutlich mehr Genoss*innen an den verschiedenen Sitzungen teilgenommen haben. Wir müssen aber auch selbstkritisch feststellen, dass die Umstellung auf digitale Sitzungen nicht alle Genoss*innen mitnehmen konnte und insbesondere auf der Ebene der Ortsverbände viele vornehmlich ältere Genoss*innen, während den Hochphasen der Pandemie, keine Teilhabe mehr an unserer Partei hatten. Zwei Mitglieder sind aus beruflichen Gründen aus dem Landesvorstand zurückgetreten.

Der Landesvorstand hat – Stand Oktober 2021 – 250 Anträge behandelt. Ferner hat sich der Landesparteitag inhaltlich mit den Folgen der Pandemie beschäftigt und ein Positionspapier „Corona und Forderungen zur sozialen Sicherheit während und nach der Pandemie“ verabschiedet. Zudem haben wir gemeinsam mit der Landtagsfraktion den Abschlussbericht von ALEXSA beschlossen.

Der Informationsfluss über die Arbeit des Landesvorstandes an die Mitglieder wurde stark ausgebaut. So wird ein großer Teil der Mitglieder über die Sitzungsinhalte und Beschlüsse des Landesvorstandes zeitnah informiert. Die Landeszeitung wurde eingestellt und ein neues Kommunikationskonzept beschlossen. Dass nun aber die Genoss*innen ohne E-Mailadresse auch weiterhin informiert bleiben, werden diese nun zwei Mal im Jahr durch einen Mitgliederbrief schriftlich über die Arbeit des Landesvorstandes in Kenntnis gesetzt. Um die Digitalisierung im Landesvorstand weiter auszubauen, wurde die Aktion “Ins Netz gegangen“ ins Leben gerufen. Diese dient der Unterstützung von Genoss*innen, die noch Hilfe bei der Nutzung des Internets benötigen. Die Umsetzung bleibt eine Daueraufgabe, auch nach dem Ende der Pandemie, und hängt nicht nur vom Wirken des Landesvorstandes ab, sondern braucht auch die Einbindung technikaffiner Genoss*innen auf der Ebene der Kreisverbände.

Es wurde eine Strukturdebatte im Landesverband mit den Kreisverbänden und der Basis durchgeführt. Dazu wurde ein Strukturplenum mit mehreren Sitzungen und Arbeitsgruppen durchgeführt sowie Regionalkonferenzen und eine Mitgliederbefragung. Der Prozess ist mit der gemeinsamen Beratung am 02.09.2021 vorerst geendet.

Der Landesvorstand wurde vom Landesparteitag beauftragt, verschiedene Räte einzuberufen: Gewerkschaftsrat, Bewegungsrat, Kommunalrat, Rat für politische Bildung, Mitgliederrat, Grundsatzkommission und eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Umsetzung des Kolloquiums. Diese Aufgabe wurde umgesetzt und die Arbeitsgruppen haben mit unterschiedlicher Intensität gearbeitet. Für 2020 war eine gemeinsame Friedenskonferenz mit Bund und Fraktion in der Lausitz geplant, allerdings musste diese leider aufgrund der pandemischen Situation abgesagt werden.

Der Posten der Landesinklusionsbeauftragen wurde neu besetzt und in der Satzung verankert.

Feminismus & Gleichstellung

Darüber hinaus wurde die Debatte zur Stärkung der Frauen*strukturen vorangebracht und maßgebliche Schritte zur Schaffung einer stärkeren feministischen Praxis im Landesverband vollzogen. Dies mündete unter anderem in der Schaffung einer Vertrauensperson für sexualisierte Übergriffe, Belästigung und Gewalt. Zudem wurde eine Richtlinie und damit verbundene Leitlinien für einen Antisexistischen Konsens auf den Weg gebracht. In einer ersten Auftaktveranstaltung konnte die Frage nach einer gleichberechtigteren Praxis bereits mit Vertreter*innen aller Kreisverbände diskutiert werden. Externe Berater*innen, so z. B. Peter Bienwald, wurden im Erarbeitungsprozess hinzugezogen.

Die Corona Pandemie hat soziale Ungleichheit verschärft und gesellschaftspolitische Schieflagen besonders deutlich gemacht. Dazu gehört im Besonderen bestehende geschlechtsspezifische Ungleichwertigkeit: Hier haben wir in einem gemeinsamen Positionspapier explizit auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Krise auch unter feministischen Aspekten zu verstehen sowie besondere Bedarfslagen von FLINTA* deutlich gemacht.
Auch unsere weiblichen* Mitglieder haben im Zuge der Corona Pandemie viele Herausforderungen meistern müssen. Darum haben wir uns mit einem landesweiten Brief als Solidaritätsbotschaft an alle Frauen* im Landesverband gewandt. Der Frauen*kampftag am 08. März konnte trotz aller Erschwernisse erfolgreich bestritten werden, u. a. durch gezielte Formate, Social Media Angebote und Materialien, die eine Öffentlichkeit trotz fehlender Präsenzveranstaltungen möglich machten. Das diesjährige Oberthema war: "Wir klatschen nicht nur, wir kämpfen mit euch!"
Insbesondere dank des Engagements der LAG Queer und in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion waren wir überdies im Rahmen der diesjährigen CSDs und ersten Queer Prides als LINKE Sachsen präsent und mit unseren Forderungen sichtbar.
Zur Vorbereitung der Bundestagswahl und Diskussion weiterer Schritte zur Gleichstellungspolitik im Landesverband hat sich darüber hinaus eine neue temporäre Arbeitsgruppe gegründet, die unter fem_crew@dielinke-sachsen.de erreichbar ist.

Politische Bildung im Landesverband

Eine erste Maßnahme in der Wahlperiode war die Einrichtung des Rates politische Bildung. Zunächst war hier die Beteiligung recht hoch, allerdings nahm das Interesse über die Zeit spürbar ab. Ein Problem war unter anderem der unklare Auftrag des Rates sowie das anfängliche Fehlen verbindlicher Regeln. Dadurch wurden Konflikte vorrangig auf persönlicher Ebene und nicht auf inhaltlich-sachlicher Ebene ausgetragen, was zur Resignation insbesondere jüngerer Genoss*innen geführt hat.
Mit dem Aufkommen der sog. Querdenker-Demos wurde der Konflikt im Rat auch zunehmend präsenter. Infolgedessen wurde ein Ombudsverfahren eingeleitet, was zwar die Erarbeitung verbindlicher Regeln mit sich brachte, schließlich aber auch zu einem Mangel an Beteiligung führte. In der Folge verlegte sich der Rat auf die gegenseitige Schulung der verbliebenen Mitglieder; eine gemeinsame Veranstaltung reichte leider nicht über die Grundzüge einer Planung hinaus.

Ein weiteres Projekt in diesem Rahmen war die Beteiligung an der Sommerakademie des Vereins Linke Bildung und Kultur für Sachsen e. V. im Frühjahr 2020. Diese musste aufgrund der Pandemie als digitale Sommerakademie stattfinden. Wir waren in der Lage, diese Herausforderung zu meistern und konnten 10 Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen anbieten, einige davon auch parallel. Die hier gewonnenen Erfahrungen in der Organisation und Umsetzung digitaler Bildungsveranstaltungen waren von besonderem Wert und sind es auch für die Zeit nach der Pandemie. Eins der wichtigsten Erkenntnisse ist der Wegfall des Faktors "Raum" für Veranstaltungen des Landesverbandes, wodurch eine breite Beteiligung interessierter Genoss*innen aus allen Kreisverbänden ermöglicht werden kann.

Diese Erfahrungen konnten auch effektiv in die Umsetzung der Elektroprovod-Reihe zur Vorbereitung des Wahlkampfes 2021 einfließen. Hierzu kamen zahlreiche Rückmeldungen aus den Kreisverbänden, die sich

deutlich für eine zukünftige Beibehaltung eines entsprechenden Formates aussprechen, das Fähigkeiten und Handwerkszeug für die tägliche politische Arbeit vermittelt, vorrangig vor inhaltlich-politischen Veranstaltungen.

Zu erwähnen sind ferner zwei Projekte, die aufgrund von Pandemie und Wahlkampf leider noch nicht angelaufen sind, aber sich bereits in Vorbereitung befinden. Dies betrifft einerseits ein Schulungswochenende für Kreisgeschäftsführer*innen und Kreisschatzmeister*innen, das in das Frühjahr 2022 geschoben wurde sowie das Projekt 10x Links im Alltag, für das die Auftaktveranstaltung für den 09.10.2021 angesetzt ist.

Europa- und Außenpolitik im Landesverband

Zu Beginn dieser Legislaturperiode gab es Pläne und Absichten, uns vertiefend mit den Genoss*innen aus unseren Nachbarländern zu vernetzen und gemeinschaftliche Projekte anzugehen. Sei es nun mit der KSCM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens), mit welcher wir auch in den vergangenen Jahren enge Beziehungen pflegten, als auch mit Lewica Razem (Gemeinsame Linke) und deren Fraktion im Polnischen Unterhaus Lewica (die Linke). Leider machte uns hier die Coronapandemie einen Strich durch die Rechnung und es blieb bei gelegentlichen Gesprächen, um zu erfahren, was die jeweiligen Probleme der Genoss*innen waren/sind und was für Lösungen sie bereithielten. Gerade bezüglich der KSCM ist dies besonders schade, da diese um den Wiedereinzug in das Tschechische Parlament kämpfen und wir dort gern unterstützt hätten. Auch haben die Polnischen Genoss*innen einen schweren Stand und sehen sich tagein, tagaus von Repressionen durch die amtierende PiS-Partei bedroht. Nichtsdestotrotz blieben und bleiben wir weiterhin in Kontakt und planen schon die kommenden Zusammenarbeiten, sei dies nun durch die Teilnahme an der kommenden sächsischen Bildungskonferenz oder weiteren Zusammenarbeiten.

Bericht der Grundsatzkommission

Mit der Einrichtung der Grundsatzkommission kam eine einzigartige Institution hinzu – nicht nur im Landesverband, sondern auch für die Gesamtpartei – um die Idee des Demokratischen Sozialismus in das 21. Jahrhundert zu transferieren.

Mit dabei sind und waren:

- Susanne Schaper (Co-Vorsitzende)
- Stefan Hartmann (Co-Vorsitzender)
- Prof. Dr. Horst Junginger (Inhaber des Lehrstuhls für Religionswissenschaften und Religionskritik: Uni Leipzig)
- Prof. Dr. em. Uwe Hirschfeld (emeritiert: Evangelische Hochschule Dresden)
- Prof. Dr. Constanze Berndt (Evangelische Hochschule Dresden: Sozialwissenschaften)
- Sarah Göthling (ex-SDS, Kulturwissenschaftlerin und Basismitglied)
- Franziska Fehst (ehemalige Bundessprecherin Linksjugend [´Solid] und Basismitglied)
- Björn Reichel (Mitglied des Landesvorstand)
- Jennifer Trültzsch (Jugendpolitische Sprecherin der Linksjugend Sachsen)
- Ralf Becker (Landesratsmitglied)
- Dr. Adam Bednarsky (Vorsitzender Stadtverband Leipzig)

Zusammen wurde sich mindestens einmal alle 1,5 - 2 Monate (i. d. R. online) getroffen und über unterschiedliche Ansätze debattiert, wie wir uns dem Thema nähern sollten. Dazu luden wir uns verschiedenste Gäste ein, wie z. B. Axel Troost und Nina Treu, um einen wirtschaftlichen Ansatzpunkt zu wählen und um über alternative Wirtschaftsansätze innerhalb eines Demokratischen Sozialismus zu sprechen. Herausgestellt wurde beispielsweise der des „Degrowth“, also der Verringerung von Konsum und Produktion und damit auch des Bruttoinlandsproduktes, als ein Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Nach vielen Ansätzen und Diskussionen ist es uns allerdings gelungen, das Thema Care-Arbeit, also die

Tätigkeiten des Sorgens und Sich-Kümmerns, in den Vordergrund zu stellen. Darunter fällt Kinderbetreuung oder Altenpflege, aber auch familiäre Unterstützung, häusliche Pflege oder Hilfe unter Freund*innen. Bislang werden diese Arbeiten überwiegend von Frauen* geleistet, oft als unbezahlte Hausarbeit ausgeführt, aber als gesellschaftlich notwendig und selbstverständlich angesehen. Aus unserer Sicht stellt dies einen Querschnittsansatz dar, der sowohl die Gesellschaft und Wirtschaft mit abdeckt und somit ein gutes Beispiel sein kann, um unseren Ansatz zu versinnbildlichen.

Veranstaltungen/Unterstützung:

Unsere Vorsitzenden haben mit Aufkommen der Pandemie Videosprechstunden angeboten.
Wir haben die Kreisverbände dazu aufgerufen, sich aktiv an den verschiedenen Gedenkveranstaltungen zu beteiligen. Hieran nahmen auch Mitglieder des Landesvorstandes teil. Zudem haben wir vielerlei Oberbürgermeister*innenwahlen sowie die bisherigen Landratswahlen unterstützt. Hinzu kommt ein umfangreicher Diskussions- und Änderungsprozess zum Bundestagswahlprogramm, den wir entlang thematischer Themenbereiche in vielen Einzelsitzungen umgesetzt haben. Der Landesverband hat sich inhaltlich außerdem mit einer eigenen Veranstaltung am Diskurs zu 30 Jahren Einheit beteiligt sowie auch vielerorts im Rahmen des Frauen*kampftages. Darüber hinaus hat der Landesvorstand eine Bildungskonferenz sowie zwei Ökokonferenzen unterstützt. Ein weiteres großes Projekt war die Diskussion zur Gleichstellung und Erarbeitung der Anti-Sexismus Richtlinie mit den Kreisverbänden. Selbstverständlich hat der Landesvorstand auch diverse Protestaktionen unterstützt.

Innerparteilicher Austausch

Der Landesvorstand hat sich mehrmals mit den Sprecher*innen der LAGs, dem Sprecher*innenrat der Linksjugend sowie den Kreis- und Ortsvorsitzenden ausgetauscht. Durch die Umstellung auf Videokonferenzen konnte wie gesagt festgestellt werden, dass sich die Teilnahme, auch von Gästen, sehr erhöht hat.
Auch mit unserer Ombudsperson bestand ein kontinuierlicher Austausch zum Thema innerparteiliche Demokratie. Die Mitglieder des gf. Landesvorstandes waren konstant im Austausch mit den Sprecher*innen des Landesrates und haben auch an den Sitzungen des Landerates teilgenommen.
Neben den wöchentlichen Beratungen mit dem Fraktionsvorstand und dem regelmäßigen Austausch mit der Fraktion wurde ein Aktionsrat gegründet. An diesem nahmen neben den Landesvorsitzenden, der Geschäftsführerin und eine*r Vertreter*in der Fraktion auch Vertreter*innen der AG 27, Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle und die beiden Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit teil. Zusätzlich gab es einen regelmäßigen Austausch mit den Bundestagsabgeordneten und der Europaabgeordneten.

Der thematische Austausch erfolgte zu folgenden Themen:

- Koalitionsvertrag
- Verfassungsdebatte und Schuldenbremse
- Wahlen in anderen Bundesländern (inklusive MP-Wahl in Thüringen)
- Umgang mit dem Thema Russland
- Corona-Politik
- Umgang mit Querdenkern
- Europapolitik